

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Nr. 67

Mittwoch, den 20. März 1929

4. Jahrgang

Baukredite und Beamtenfragen im Reichstage.

Glänzendes Vertrauensvotum für Seevering.

Der Reichstag beriet am Montag zunächst das

Baukreditgesetz für 1929.

Nach diesem Gesetz wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, in der Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930 für Darlehen an die Zeitsche Bau- und Bodenbesitzergesellschaft in Berlin bis zum Gesamtwert von 250 Millionen Reichsmark Darlehen zu übernehmen. Die Gesellschaft wird verpflichtet, die Darlehen

als Zwischengeld für den Kleinwohnungsbaue zu verwenden. Diese Zwischengelder dürfen nur gegeben werden, wenn die volle Finanzierung des Bauvorhabens als gesichert anzusehen ist. Lieber die Verwendung der Zwischengelder hat die Bank dem Reichsarbeitsminister halbjährlich Bericht zu erstatten. Dieses Verfahren der Zwischengelder hat sich bisher schon bewährt. Es hat vor allem den Zweck, eine gleichmäßige Verteilung der Bautätigkeit über das ganze Jahr zu ermöglichen.

Die Wirtschaftspartei ließ durch den Abg. Lude beantragen, daß die privaten Bauunternehmen mindestens zur Hälfte an den Zwischengeldern beteiligt werden sollten. Die Wirtschaftspartei holte sich mit diesem Antrag eine schwere Niederlage. Sowohl der Reichsarbeitsminister als auch der Sozialdemokrat Spinlitz wies nach, daß bisher schon die privaten Bauunternehmen reichlich bedacht worden sind. Nach einer Statistik des Reichsarbeitsministers sind an den Zwischengeldern beteiligt worden 27,9 v. H. gemeinnützige Gesellschaften und 60,3 v. H. private Unternehmer. Der Gesetzentwurf wurde mit einer Befreiungsantrag Spinlitz angenommen. Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde abgelehnt. Es folgte die zweite

Beratung des Nachtragshaushalts für 1928.

Dieser Nachtragshaushalt enthält in der Hauptlinie Beamtenangelegenheiten; außerdem ist die Antisephemiedruckung zum 250 Mill. Mark erhöht. Die Summe soll zur Stützung der Arbeitslosenversicherung verwendet werden.

Abg. Klempf (Soz.)

wies als Berichterstatter darauf hin, daß der Haushaltsausgleich die Mittel für die Erhöhung der Militärleistungen und für die Erhöhung oder Neueinführung von Aufwandsgebühren für die Reichsminister, Staatssekretäre und Präsidenten der Landesministerien getrieben hat. Es ist richtig, daß durch diese Erhöhung der Haushaltsausgleichs die hohen Reichsbeamten wesentlich leichter gestellt werden als die hohen preussischen Beamten. Grundsätzlich sollte der Haushaltsausgleich unter sozialdemokratischer Führung trotz der Anforderungen für die höheren Reichsbeamten getrieben. Es wird eben eine Verständigung zwischen Preußen und dem Reich gesucht werden müssen. Realistisch wäre zu veranlassen gewesen, daß in diesem Nachtrage, wo Spararbeit und Einschränkung getrieben werden, gerade die befähigten Beamten noch mehr entlastet werden sollen.

Zu Beginn der Aussprache setzte sich die Zentrumsgesandnete Frau Teufel

für die verheirateten weiblichen Beamten

ein. Nach einer Vernehmung der Reichsfinanzverwaltung aus dem Jahre 1924 ist den verheirateten Beamtinnen, die aus dem Reichsdienst ausscheiden, als Widmung für ihre Pension eine bestimmte Summe zu gewähren. Diese Bestimmung soll am 31. März 1929 außer Kraft gesetzt werden. Das Zentrum beantragte die Verlängerung der Bestimmung bis zum Antritt des neuen Beamten.

Die Sachverständigen vor der Einigung?

Unter sanftem Druck der Amerikaner.

Wenn man der Pariser Presse Glauben schenken darf, dann werden die Pariser Sachverständigen spätestens in der nächsten Woche eine Einigung über die Sachverständigenkommission erreichen können. Der Kampf scheint augenblicklich noch zwischen dem Lager der Alliierten und dem der Deutschen als vielmehr unter den Alliierten selbst geführt zu werden, zumal augenblicklich von amerikanischer Seite ein harter Druck im Sinne eines Kompromisses ausgeht.

Das Pariser „Deux“ befürwortet sich in deutlichen Worten über die sachverständige Kommission. Die „Journal“ polemisiert freier gegen allzu große Starrheit in den Forderungen Englands, Belgiens und Italiens. Treibend natürlich liegt die Pariser Presse die deutsche Delegation nach wie vor als die Hauptverantwortlichen für eine Verzögerung der Einigung erscheinen und Petit Parisien hält es sogar für notwendig, die deutsche Delegation auf die großen Vorteile einer Reparationsvereinbarung noch einmal ausdrücklich hinzuweisen. Gleichgültig aber betont das Blatt, daß nach dem die Verhandlungen über die ziffermäßige Festlegung der deutschen Schuld aus der Hand der unerbittlichen in die offiziellen Besprechungen eingetretten ist, eine Einigung nicht lange mehr auf sich warten lassen könnte.

amtengelegen. Ob der Antrag des Zentrums angenommen werden wird, ist noch zweifelhaft. Die Reichsregierung nimmt den Standpunkt ein, daß die Frage ohne einen Gesetzgebungsakt auf dem Verhandlungswege geregelt werden müsse.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Böhm-Schuch wandte sich gegen die Zentralität, die wiederum der Pariser Delegation in der Beamtenfrage mitzuführen die jetzige Reichsregierung zu führen. So wurde beantragt,

Die Beamtengelegenheiten werden gekürzt, und die Reichskasse habe zu wenig Geld, um die Gehälter zum 1. April auszus zahlen. Beides ist natürlich falsch. Die Abgeordnete setzte sich weiter für die

volle Gleichberechtigung von männlichen und weiblichen Beamten ein. Insbesondere würden manche weiblichen Angestellten nur deswegen nicht in das Beamtenverhältnis übernommen, weil sie eben keine Männer seien. Das sei verwerflich. Die weiblichen Angestellten müßten dieselben Beförderungsmöglichkeiten haben wie die männlichen. Mit Genehmigung der Frau Reichs-Schuch ließ, daß es gelungen sei, an diesem Nachtragshaushalt 23 Millionen Mark abzufahren. Mit großer Wärme trat die Rednerin dann noch für eine Befreiung der Reichsarbeiter ein. Nach einer gemerkhaften Statistik hätten viele Reichsarbeiter Wochenlöhne von 30-35 Mark. Es müßten keine Hungerlöhne sein, die mit solchen Löhnen sich und ihre Familien ernähren wollen.

Der sonst sehr friedliche deutschnationale Beamtenvertreter Schmidt-Erdtlin führte sich verpöchtelt, eine wenigstens der Stimme nach gemessige Oppositionsrede gegen den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister zu halten. Er sei schon daran, daß die Beamten so viel später ihre Aufhebung erzielten. Der Kommunist Torgler dagegen beehrte den deutschnationalen Vordenker, daß die deutschnationalen ebenso wenig wie die Sozialdemokraten ihre Wählerverpflichtungen erfüllt hätten. Die Beamten werden also wohl oder übel warten müssen, bis die Kommunisten aus der Kammer kommen, deren furchtbarer Arbeiterpolitik ja insbesondere auf Befreiung der Beamtenfrage ohne Rücksicht auf die Lage der Arbeiter gerichtet zu sein scheint.

In die Debatte wurde nun die Abstimmung über das Mißtrauensvotum eingeschoben, durch das die Nationalsozialisten und die Christlich-Nationale Bauernpartei

den Reichsminister Seevering gekürt

haben. Das Mißtrauensvotum brachte die guten Kommunisten in eine gewisse Verlegenheit. Wird doch in der Mißtrauensdebatte der Reichsminister Seevering als der Lobende aller leitenden Organisationsleiter und gerade als Protokoll der roten Frontkämpferproude gelobt. Selbstverständlich sind diese Sprüche übertrieben. Aber was sollten die Kommunisten in einer solchen Situation machen? Es wogten dann doch nicht, mit den Nationalsozialisten und der Christlichen Bauernpartei gegen Seevering zusammen, sondern erklärten schamhaft, daß sie sich der Stimme enthalten würden. So haben die Nationalsozialisten dem Reichsinnenminister Seevering nicht nur

ein Vertrauensvotum von 229 gegen 69 Stimmen

beschied, sondern zugleich bewirkt, daß die Kommunisten mindestens ein Mißtrauensvotum gegen Seevering nicht zugestimmt haben. Das wird natürlich die kommunistische Presse nicht bindern, in den letzten Heftschreien noch wie vor den Reichsminister Seevering als den Schützling aller Faschisten auszuführen.

Nachdem noch der demokratische Abg. Bernard in der weiteren Aussprache über den Nachtragsetat sich ebenfalls für die Gleichberechtigung zwischen männlichen und weiblichen Angestellten in bezug auf Beförderung ausgesprochen hatte, wurde die Sitzung auf Dienstag 3 Uhr vertagt.

Gestern nur kurze Sitzung der Sachverständigen.

Paris, 18. März. (Fig. Drahtber.) Die Sachverständigenkommission hielt am Montag nur eine kurze Sitzung ab, die kaum mehr als eine Viertelstunde dauerte.

Die beiden Unterkommissionen, die von Beseloff und Reetins gebildet werden und die über die Sachverständigen und die Organisation der Kant verhandeln, sind mit ihren Berichten noch nicht fertig geworden. Infolgedessen konnte auch der englische Delegierte Stamp, der als Verbindungsmann zwischen den Kommissionen für die Aufstellung des Gesamtplans dienen soll, sein Projekt noch nicht ausarbeiten. Man wird annehmen dürfen, daß die technischen Schwierigkeiten für die endgültige Organisierung der Reparationsbank sich noch als größer herausgestellt haben als man ursprünglich angenommen hatte. Wahrscheinlich wird das Team letzten Gehens anders aussehen als man zuerst gedacht hatte. Es scheint, daß die Einwände der Franzosen und Engländer gegen allzu große Vollmacht des Kapitels auf dem Gebiete des Rechts und der allgemeinen Kampfpolitik nicht ohne Wirkung auf die Durcharbeitung des Organisationsprojektes geblieben sind. Pariser Gilbert ist am Montagabend von Berlin kommend, in Paris angekommen.

Anzeigenpreis: die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Bekanntgabe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Während der Zeit der Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Annahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Nachnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Kernstr. Nr. 2313), Postfach 4826 Wernigerode, Magdeburger Straße 4226 und Selbstauschaltung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 3.

Kurpfuscherei.

Zum Kampf um die Sozialversicherung.

Der Generalangriff des Unternehmertums gegen die Sozialversicherung tobte auf der ganzen Linie. Die Sozialreaktionäre rücken jetzt mit schwerem Geschütz an. Am Reichstag wollen sie mit Hilfe von Sparvorschlüssen der Sozialversicherung das Wasser abgraben, und brauchen im Grunde nur die Presse, die Arbeiter und Angestellten gegen die Beiträge zur Sozialversicherung aufzuheben und mit der fatal Morgana einer Zwangspartafasse, die anstelle der Sozialversicherung treten soll, einzutauschen. So hat die „Deutsche Arbeiterzeitung“ letzten Tage den Zwangspartafassenvorschlag lang und breit erörtert. Worin besteht dieser Vorschlag?

Man fordert, daß die bei Fortfall der bisherigen Beitragsabgaben freierwerbenden Gelder zu Kapitalien angeammelt werden, die entweder erst bei Invalidität des Beiträgers, oder zu einem Teile schon nach Verlauf von 5 bis 10jähriger Frist — der Rest bei Eintreten der Arbeitslosigkeit — freierwerbend sollen. An der Zwangspartafasse wären also heute in das Gebiet der Kapitalleistungen fallenden Ausgaben von diesem unter faktischer Sperre stehenden Kapital zu befreien. Man verpricht sich davon nicht nur eine Milderung der sozialen Spannungen, sondern auch eine „gemaltige Befruchtung der Gesamtwirtschaft durch die ihr zugewiesenen Kapitalien.“

Ein merkwürdiges Rezept! Wenn diese Zwangspartafassen auch nur einigermaßen das leisten wollen, was die Sozialversicherung leistet, dann müssen sie sich zwangsläufig wieder in eine Sozialversicherung verwandeln, wie wir sie jetzt haben. Wenn bei den Zwangspartafassen mehr Postfälle berücksichtigt werden sollen wie in der Sozialversicherung — nun dann werden noch höhere Beiträge notwendig sein. Sollen die einzelnen Klassen leistungsfähig sein, dann muß ein Risikoausgleich unter ihnen existieren. Alle Zwangspartafassen, die einen Risikoausgleich haben, können aber nur eine ganz bestimmte Gruppe von Postfällen berücksichtigen. Keine Seite mögen sich vielleicht einbilden, man könne, wenn Solidarität (Krankheit, Arbeitslosigkeit, finanzielle Verluste, Todesfälle und dergl.) eintreten, sich zur Zwangspartafasse lausen und Geld holen. Diese Guldansprüche würden sehr schnell enttäuscht werden. Jedemfalls muß auch eine Zwangspartafasse Kontroll- und Prüfungsmaßnahmen besitzen. Auch sie braucht einen großen Apparat, um sie zu kontrollieren, weil genau wie die einzelnen Glieder der Sozialversicherung, bei denen die Verwaltungsstellen verhältnismäßig niedrig sind. Auch bei den Zwangspartafassen bringt das Geld der Zwangspartafassen voll der Befruchtung der Gesamtwirtschaft dienen, auf deutsch: das Unternehmertum soll mit ihm arbeiten. Die Kapitalien der Sozialversicherung dagegen kommen in erster Linie den Beitragszahlern zugute; denn die Helferfahren, die Befämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose, die allgemeine Volkshygiene, die Förderung des Kleinwohnungsbaues usw. — das alles sind Dinge, von denen unfeigbar vor allem die beitragszahlenden Massen der Sozialversicherung Vorteil haben. Auch aus den Beiträgen für die Invalidenversicherung wird nicht nur im Alter Rente gegeben, sondern auch viel früher schon, wenn die Arbeitsfähigkeit verloren ging. Der Arbeiter ist nicht so dumm, daß er nicht weiß, was die Helferfahren zum Schutz vor Invalidität mehr sind. Durch die Sozialversicherung sind viele Institute der Volkswirtschaft geschaffen und mit billigen Kapital versehen worden und auch für die Angehörigen des Berufsstandes werden im gesundheitlichen Interesse der Familie Aufwendungen gemacht.

Von welcher Seite aus man also die Dinge betrachten mag, immer wieder zeigt sich bei genauerem Zusehen, daß mit dem Zwangspartafassenvorschlag praktisch gar nichts anzufangen ist. Wer die Behaltensfrage unterwirft und die Probleme konsequent durchdenkt, kommt wieder zur Sozialversicherung zurück. Was an dem Zwangspartafassenvorschlag neu wäre, wäre nicht gut und was an ihm gut wäre, wäre nicht neu. Er ist Kurpfuscherei. Die Reform der Sozialversicherung kann daher nicht in ihrem Aufbau, sondern nur in ihrem weiteren Ausbau bestehen; sie muß vom Gedanken der Solidarität getrieben werden; denn mit dem Egoismus des Einzelnen kann auf sozialem Gebiet nichts Großes geschaffen werden. In einer Zeit, wo selbst in dem reichen Amerika der Sozialversicherungsgedanke bei der arbeitenden Bevölkerung mehr und mehr Platz greift, können nur Selbstbeger, sozialpolitische Charaktere und sozialrealistische Unternehmern, die hift- und schubweise Menschengüter haben wollen, die Verschönerung der Sozialversicherung fördern.

Der neue Reichs-Lohnmentarif für das Baugewerbe

Die Verhandlung zur Schöpfung eines neuen Reichslohmentarifs für das Baugewerbe, der für die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Bezirken den Rahmen bilden soll, sind dieser Tage nach vielen mühevollen und zeitraubenden Beratungen zu Ende geführt worden. In der Arbeitszeitfrage wurde eine notwendige Regelung nicht gefunden. Amnestien haben die Untergruppen zugefallen, doch die Arbeitszeitregelungen in den Bezirken, wo sie bereits abgeschlossen ist, in den neuen Vertrag übernommen und für die übrigen Bezirke frei vereinbart wird. Dadurch kommen die

Bauarbeiter dem Aufstandstag auch vertrieben nach.
Er besteht im Baugewerbe heute fast überall. Er steht auf der Baufeldseite zur Tagesordnung; am Verhandlungstisch haben die Arbeitgeber Vertreter jeden Angriff auf den Aufstandstag zurückgewiesen. Nach Antritt des neuen Arbeitsjahresgesetzes wird über die Arbeitszeit im Baugewerbe neu verhandelt werden.

Die im vorigen Reichslohmentarif vereinbarte Lohnspanne zwischen Fach- und Bauhilfsarbeitern von 17 Proz., die in der Praxis jetzt fast überall durchgefallen ist, bleibt bestehen; bei den bezüglichen Verhandlungen muß jedoch eine vorzeitige Eingruppierung der qualifizierten Hilfsarbeiter in höhere Lohnklassen erreicht werden. Beim Neubau soll der vom Maurer als Hilfe beigelegene Arbeiter den Bauhilfsarbeiterlohn erhalten. Die Betonarbeiter wurde höher gestellt und etwas erweitert. Nach der bei der Aufstellung des Entwurfs durchgeführten Verhandlungen auf die Festlegung weiterer Zuschläge Gewicht gelegt werden müssen.

Die Tarifbestimmungen
Auch ebenfalls verbessert worden. Die Ferien für Lehrlinge sollen künftig im ersten Semester 6, in den übrigen Semestern 4 Tage betragen. Bezahlt werden die Lehrlinge prozentual nach dem Tariflohn der Arbeiter. Die in der Arbeitszeit festzulegenden Schulstunden und die Wege zur und von der Schule werden ebenfalls geregelt. Ueber das zahlenmäßige Verhältnis der Lehrlinge zu den Gesellen wird mit den Gewerkschaften und Handwerkskammern noch verhandelt werden. — Die Betriebsvertretungsfrage ist zurzeit nicht geregelt.

Porzellan vor dem Landtage.

Die Kommunisten im Preussischen Landtag haben offenbar von der Zentrale eine neue Stellung bekommen. Nachdem sie sich lange Zeit ganz ruhig und vernünftig benommen hatten, überfielen sie am Montag den Landtag mit endlosen Geschäftsordnungsanträgen und zahllosen parlamentarischen Reden zu den einzelnen Teilen des Justizgesetzes. Sie verurteilten auf diese Weise fast die ganze Sitzungsdauer auf Gegenstände, bei denen irgend ein praktisches Ergebnis von vornherein ausgeschlossen war. Erst in vorgerückter Abendstunde konnte die Tagesberatung beim Etat der Porzellanmanufaktur fortgesetzt werden.

Der frühere Direktor der Manufaktur Dr. Schneider, ein entschiedener Republikaner, ist vor einigen Jahren durch eine wüste Hege der Rechten zum Rücktritt veranlaßt worden. Sein Nachfolger wurde Dr. Raufang aus Karlsruhe, wahrscheinlich ein Zentrumsmann, der sich unangehörige Ministerische und parlamentarische Bedienten um die Manufaktur erworben hat. Aber zuerst hat Dr. Raufang eine Fülle von Unordnung im Geschäftsvertrieb geübt, die mit radikalen Grundrissen unvereinbar ist. Handelsminister Dr. Schröder hat ihn deshalb entlassen, und die diesjährige Landesberatung dreht sich also um den Fall Raufang. Obwohl das eine absolut feste Sache ist, daß Raufang niemals eine berufliche Stellung bekleidet und sich nirgendwo persönlich betätigt hat, erheben einige Parteien, namentlich Kommunisten und Nationalsozialisten, ein großes Korruptionsgeschrei, während das Zentrum wiederum das Vorgehen des Handelsministers unfeindlich beurteilt. Am Montag kam nur der Sozialdemokrat Sabath zu Wort, der sehr tüchtig erklärte, daß von der Person Raufangs gar nicht interessiert, sondern nur das Wohlergehen der Manufaktur, ihrer Arbeiter und Angestellten. Für diesen Zweck sei ein Staatsrat vorschlagsweise zu ernennen. Die Kommunisten machten während dieser ganzen Rede keinen Vorschlag, sagten jedoch nicht die geringste Preussische Wort. Aber sie hatten wohl Ansehens vor dem Zentrum.

Am Dienstag steht die zweite Lesung der preussischen Steuerergänzung auf der Tagesordnung.

Märzfeier in Straßburg.

In Straßburg hat am Sonntag zum ersten Male seit 1914 ein Mitglied des deutschen Reichstages öffentlich gesprochen. Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frau Schneider hielt in einer von 3000 Personen besuchten Versammlung, die der Erinnerung an die Märzgefallenen galt und zugleich eine internationale Frauenkundgebung war, einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag. Sie sagte u. a., daß der Krieg erst dann liquidiert sein werde, wenn die letzten fremden Truppen deutschen Boden verlassen hätten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Meißner von Straßburg unterließ diese Bemerkung und fügte hinzu, daß dafür die französische Sozialdemokratie stets gekämpft habe. Sie werde auch weiterhin für die Befreiung des deutschen Bodens eintreten.

Hindenburg auf dem „Sauhäufen“.

Eine Schlüssel-Rede in Stuttgart.

Am 16. und 17. März hat in Stuttgart eine Stahlhelm-Lagerung stattgefunden. Anwesend waren der Vertreter des italienischen Generalstabes, Prinz Auni und der Doppelgänger Harry Dorn. Vor dieser erlauchten Gesellschaft hielt der Präsident des Stahlhelms eine seiner üblichen Reden. Dabei erklärte Herr Seiditz, der Stahlhelm sei durchaus nicht feindlich, er liebe den Staat, wenn auch mit einem gerechten Zorn über die, die einen Sauhäufen aus ihm gemacht hätten. Auf der Spitze dieses „Sauhäufens“ stöhne Herr von Hindenburg. Man muß sich fragen, ob er sich auf einem solchen Fleck wohnen kann.

Zu den sehr geschätzten Reden, die Herr Seiditz hielt, paßte es allerdings wenig, daß an der Sonntag-Parade im Ganzen nicht mehr als 500 Mann teilgenommen haben.

Der Preussische Landtag wird am 23. März in die Osterferien gehen und am 10. April wieder zusammenzutreten.

Berlin faßt den Jagdflieger-Strafen. Der Grundrechtsausschuß der Berliner Stadtdorparlamentarier hat am Montag dem Reichstag des Reichspräsidenten auf Antrag des Flugzeug-Strafgesetzes zugestimmt. Der Erwerb erfolgt zum Preise von 6,5 Millionen Mark.

In der Urlaubssperre

ist ebenfalls mondes erreicht worden. Die vielfach zu Schiften benutzten Bestimmungen des alten Vertrags sind durch klarere Bestimmungen ersetzt worden. Die Vertragszeit wurde auf 36 Wochen verkürzt. Die Zahl der Ferienstage wurde bis zu fünf im letzten Vertragsjahr erhöht. Jetzt erfolgt der Ferienantritt auch dann nicht, wenn ein Arbeiter wegen Mangel an Arbeit entlassen, innerhalb 30 Wochen oder wieder eingestellt wird. Aus dem Vorjahr (1928) ererbte Ferienstage gehen im gleichen Unternehmen nicht verloren. Durch die neuen Bestimmungen kommen viele Laufende von Bauarbeitern mehr als bisher in den Genuß von Ferien.

Die endgültige Entscheidung bei Lohnstreitigkeiten bleibt wie bisher den Tarifinstanzen vorbehalten. Die Behandlung von Lohnstreitigkeiten gestaltet sich wie folgt: Zunächst verhandeln in den Lohnbeständen die Parteien. Können sie sich nicht einigen, dann tritt der Schlichter vor das bezügliche Landamt, das aus einem Unparteilichen als Vorsitzender u. je 4 Beisitzern aus beiden Parteien besteht. Ist vor diesem Landamt eine Einigung nicht möglich, so hat das Amt einen Schiedspruch zu fällen. Wird er einstimmig angenommen, hat er verbindende Wirkung. Beht eine oder mehrere Parteien den Schiedspruch an, dann tritt das Landamt unter Hinzuziehung zweier weiterer Unparteiischer nochmals in Tätigkeit. Kommt ebenfalls keine Einigung zustande, so nimmt ein Schiedsgericht zu Hilfe. Aber dieser mit mindestens 7 Stimmen Mehrheit gefaßt oder keine Parteien vorher erklärt, sich einem Schiedspruch zu unterwerfen, dann hat der Spruch verbindende Wirkung. Alle auf diese Weise nicht erledigten Lohnstreitigkeiten werden von dem Hauptamt endgültig entschieden.

Die alten Abne haben Geltung bis zum 10. April. Fällt die neue Entscheidung bis zum 10. April, dann gelten demnach in allen Fällen die neuen Bestimmungen ab dem 1. April bis zum 31. März 1930. Der Reichslohmentarif dagegen soll Geltung haben bis zum 31. März 1931.

Jetzt haben die Bezirksvereinigungen des Deutschen Bauergewerksbundes über die Aufnahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses zu entscheiden, ebenso die übrigen am Vertrag beteiligten Gewerkschaften, sowie die bauwirtschaftlichen Unternehmerorganisationen.

Wo kann gepart werden?

Hilferding besetzt die Parteien.

Am Laufe des Montag nachmittag hat der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding mit den Finanzverwaltungsführern einzelner Institutionen Führung genommen, um festzustellen, in welcher Richtung sich ihre Forderungen bezüglich der im Reichsausgleichsplan vorzunehmenden Steueränderungen bewegen. Er hat nachher die Vertreter der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums empfangen.

Am Laufe des Montagabend hat über die gleiche Frage eine gemeinsame Besprechung zwischen den Vertretern des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Bayerischen Volkspartei stattgefunden.

Klärung des Landesvertragsparagrafen.

Das Reichsjustizministerium hat zur Klärung der Landesvertragsparagrafen einen neuen Vorstoß gemacht, nach dem in das kommende Strafgesetzbuch folgender Paragraph 115a eingefügt werden soll: „Wer ein Staatsgeheimnis in der Absicht öffentlich bekanntgemacht, eine unmittelbare oder erhebliche Gefahr für die verfassungsmäßigen inneren Bestand des Reichs abzuwenden, wird mit Gefängnis bestraft. Der Täter ist straflos, wenn die Gefahr tatsächlich bestand. Die Tat wird nur auf Verlangen der Reichsregierung verfolgt.“

Dr. Eßener bekommt Konkurrenz.

Zwei englische Aktien-Gesellschaften. Die beiden neuen Aktien-Gesellschaften „A. 100“ und „A. 101“ werden bereits in den nächsten Wochen zu ihren ersten Probenläufen starten. Nach Erklärungen des englischen Luftfahrtministers werden sie „die größten und mit den modernsten Erzeugnissen ausgestatteten Luftschiffe der Welt“ sein, die angeblich die von Dr. Eßener hergestellten Fahrzeuge weit in den Schatten stellen. Später im Sommer sollen die beiden Schiffe einen regelmäßigen Flugdienst mit den britischen Kolonien aufnehmen.

An der Konstruktion der beiden Schiffe wurde 5 Jahre aus Intensität gearbeitet, die Kosten belaufen sich auf mehr als 1 Millionen Pfund Sterling. Nach den kleineren Probenflügen wird „A. 101“ zunächst über Zeppelins nach Karakasi in Indien fliegen, wo schon jetzt ein Unteramt aufgestellt worden ist. Danach soll das Luftschiff seine erste Reise über den Atlantik antreten, und zwar mit dem Hauptziel Canada, wo es in Montreal an den Unterarm gehen soll.

Für Döpreußen.

In einer Ministerbesprechung zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung kam man überein, dem Reichsrat zur Durchführung der für Ostpreußen geplanten Hilfsmassnahmen einen Gesetzentwurf vorzulegen. Der in dem Reichsrat und später an dem Reichstag gelangende Gesetzentwurf wird zum Teil eine Fortsetzung der bisher bereits laufenden Massnahmen innerhalb eines umfangreichen Programms bringen.

Die preussische Mission für Döpreußen wird fortgesetzt und weiter ausgebaut, ohne durch ein besonderes Gesetz geregelt zu werden.

Letzte Kämpfe in Mexiko.

Verzweiflungsvollen der Rebellen.

Mexiko-Stadt, 19. März. Die rebellierenden Truppen haben den größten Teil des von ihnen bisher besetzten Gebietes am Montag vollständig geräumt, jedoch die Befehle von Torreon durch Regierungstruppen heute nachmittags erlassen. Bis vorhin, hat es zwischen den Rebellen und rebellierenden Truppen wieder Kampfen derartiger Art gegeben. Der General Carrasco soll seinem rebellierenden Kollegen Escobar die Verbrennung sämtlicher Brücken angedroht haben, falls er weiterhin feindselig bleibt, das Gelände vollständig seinem Gegner überlassen zu lassen.

Der von Carrasco kommende Schnellzug erreichte bei Miguel Alemán im Bundesstaat Coahuila eines Moments die rebellierenden Truppen. Die Rebellen haben sich sehr groß gefühlt. Vorläufig fehlen jedoch noch nähere Mitteilungen über die Katastrophe.

Die schuldigen Generale.

Paris, 19. März. (E.P.) Reineke hat am Montagabend nach eingehender Beratung im Ministerrat die angeklagten Maßregelungen gegen die drei Offiziere der Rheinarmee verurteilt. General Fournier, der Stadtkommandant von Trier, wurde, weil er während der spanischen Kämpfe Zeit einem Rasenball beizuspielen hatte, zur Disposition gestellt. General Goubaux, der Kommandeur der in Mainz stehenden Rheinarmee, der eine Parade befehligte, erhielt einen Verweis und Oberst Marmitin, der Kommandeur des Jägerbataillons in Dürren, der in grimmiger Kälte einen Gefandemarsch hatte unternehmen lassen, soll straflos gelassen werden.

Bessere Verpflegung beschlossen.

Paris, 19. März. (E.P.) Die Finanzkommission der Kammer beschloß sich am Montag mit dem neuen Kreditförderungsplan, die zur Aufbesserung der Verpflegung der Mannschaften des französischen Heeres bestimmt sind. Während Spanien nur 41 Millionen verlangte, hat die Kommission den Betrag sofort auf 100 Millionen erhöht. Mit diesen neuen Mitteln können die Verpflegungsforderungen für das französische Heer im Inland auf das Doppelte, für die Truppen im Ausland, im Rheinland, in Spanien und in Marocco sogar auf das Dreifache.

Die Löhne der Rheinarmee scheinen also doch nicht ganz unumstößlich gestiegen zu sein.

Räuberunwesen in Afghanistan.

Konkankoppel, 19. März. (Lena.) Nach einer Meldung aus Peshawar wurden amlichen Peshawar und Wastekandab ein Karawanen von Räubern überfallen und vollkommen ausgeplündert. Die Räuber stützten sich auf die geraubene Beute. Bei dem Kampf mit den Räubern wurden 18 Personen getötet.

Generalsrevolte in China.

Der „Hilfliche General“ Feng des Bundesvertrages angeklagt.

Peking, 18. März. (Lena.) Wie amtlich aus Peking gemeldet wird, hat der Staatsrat der Kuomintangregierung gegen General Feng ein Verfahren wegen Bundesvertrages eingeleitet. General Feng soll sich nach unbilligen Meldungen nach der Provinz Tschinghai begeben haben, wo er neue Anhänger im Kampfe gegen die Kuomintangregierung sammelt.

Der Kuomintangkongress hat in einer Entschloßung der Regierung Tschinghai das Vertrauen ausgesprochen und Tschinghai als Oberbefehlshaber sämtlicher chinesischer Streitkräfte beauftragt.

Hittleraner gegen Reichsbannerleute.

Ulmerfeld, 18. März. (Eig. Draht.) Bei einem Sonntag des niederdeutschen Reichsbanners unternehmen die Nationalsozialisten systematische Störungsversuche. Ihr Plan, den Fortschritt der Reichsbannerleute zu vereiteln, scheiterte. Dieser Mißerfolg trieb die Hittleraner zu weiteren Schritten. Sie überfielen einen alten Reichsbannermann aus Krefeld. Hittleraner sind niedriger und verletzten ihn durch vier Messerstiche schwer. Der Überlebende mußte ins Krankenhaus geschafft werden. In einem anderen Städtchen wurden drei Reichsbannerleute durch wütende Hittleraner mit Schlagringen mißhandelt.

Dopfer der Hege.

Odenburg, 18. März. (Eig. Draht.) Die odenburgischen Landwirte Gernau und Bornert wurden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet. Sie hatten unangenehm eine Menge von Bauern zusammengekommen, um eine Wändung gewaltsam durchzuführen zu machen. Die Verhafteten werden sich mit anderen Personen wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben.

Räumungsfrage und Sachverständigenkongress.

London, 18. März. (Eig. Draht.) Der englische Außenminister teilte am Montag im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten der Arbeiterpartei Kenworthy mit, daß nach der Auffassung der Regierung nichts gewonnen sei, wenn die Frage der Wändung des Reichsbanners erstreckt würde, so lange die Arbeiten der Sachverständigenkongress in Paris nicht abgeschlossen seien.

Brotkarten in England.

In den letzten zwei Monaten sind nach den aus Mexiko vorliegenden Meldungen in 15 russischen Großstädten Brotkarten eingeführt. Die russische Regierung behauptet jetzt, daß die Einfuhrbedarfe an Getreide rund 1,5 Millionen Tonnen betragt.

Kleine Chronik.

Die Uberschwemmung in Amerika.

200 Todesopfer.

Die Uberschwemmungskatastrophe in Alabama hat nach den bisherigen Feststellungen etwa 200 Menschenleben gefordert. 15.000 Einwohner sind obdachlos. Die Fluten beginnen langsam zu sinken. Die schlimmste Gefahr ist vorüber. Hunderte von Menschen sind bereits in Sicherheit gebracht.

Am Hittlerunwesen in dem Katastrophengebiet vorzugehen, hat der Gouverneur des Staates Alabama das Standrecht über die Stadt Eba verhängt. Wie es heißt, soll auch über die Stadt Geneva, die von der Katastrophe seit ebenfalls schwer wie Eba betroffen worden ist, noch heute das Standrecht verhängt werden.

Mit den Kindern ins Meer. In der Nacht vom Samstag auf den Sonntag 19. März hat eine stürmische Sturm mit ihren drei Kindern im Meer von drei bis acht Jahren ins Meer. Das jüngste Kind und die Mutter ertranken.

Grippe, Influenza

Einmal eine Erkrankungskrankheit haben 14 Tausend Erkrankten hervorgerufen. In Asien sind in den letzten Jahren die Krankheitserscheinungen öfter. Einmal eine Erkrankung hat innerhalb 6 Monaten mehr als 1.000 Menschen allein aus Syrien erkrankt. Darunter 200 Menschen sind an einer Grippe u. Influenza erkrankt. Überall erfolgt Sie Ihren Arzt! Gehen Sie in alle Apotheken erhältlich. Preis Mk. 1.40

125 Lth. Cao China, 743 Act. act. ad. 100 amp.

Furchtbare Bluttaten.

In Freyregg bei Bad Hall (Oesterreich) hat der 34jährige Bierkellner Anton Bana, ein Reisesoldat, seine 40jährige Frau auf bestialische Weise umgebracht. Er überließ sie im Schlafzimmer und brachte ihr am ganzen Körper Schläge mit einem Messer bei. Die Frau erlag ihren Verletzungen in der Küche. Bana hat im Kriege einen Brust- und einen Kopfschuß erhalten und litt häufig an Kopfschmerzen. Der Ehe sind drei Kinder im Alter von vier bis vierzehn Jahren entzogen. Die Eheleute lebten jahrelang im besten Einvernehmen. Am den letzten Tagen änderte sich jedoch das Benehmen des Mannes auffallend. Es zeigten sich bei ihm bestialische Merkmale von Verfolgungswahn. Vor dem Tode schenkte ihm Frau unter den Betten und Möbeln Nachschuß, Schokolade, angüllte alle Kästen und ritzte Bilder und Konjolen von den Wänden, wobei er murmelte: „Da liegt das Biest.“ Am Morgen hörte sie im Hause wohnender Bruder lautes Schreien und Wehklagen aus dem Schlafzimmer. Als er eintrat, fand er seine Schwägerin in einer großen Blutlache im Bett liegen. Bana stand über ihre Leiche gebeugt und ließ sich nicht anrühren. Als er seinen Bruder gewahrte, verlor er aus Distanz zu erschrecken. Schließlich richtete er das Messer gegen sich selbst und stieß sich eine tiefende Schnittwunde am Hals und mehrere Stichwunden in der Herzgegend zu. Seine Verletzungen sind nicht lebensgefährlich.

Der 25jährige Julius Zell aus der Gemeinde Dierdorf bei Wiberach, der sich seit einigen Tagen in Haft befindet, hat eingeschlagen, seinen Vater, den 67jährigen Gemeindeführer Johann Zell, am 18. Februar erschossen. Die dreizehnjährige Tochter vergraben zu haben. Die Leiche wurde an der angegebenen Stelle gefunden.

Ein Riesenflugzeug abgestürzt.

Dreizehn Passagiere gerettet.

In der Nähe des Remporter Flugplatzes im Staate New Jersey wurde in der Nacht zum Montag ein mit dreizehn Passagieren besetztes dreimotoriges Ford-Flugzeug bei einer Landung in die Höhe gerissen. Die dreizehn Passagiere fanden den Tod, der Führer und sein Begleiter erlitten schwere Verletzungen.

Wenige Minuten nach dem Start bemerkten Zuschauer, daß die Motoren der in etwa 300 Meter Höhe befindlichen Maschine unregelmäßig arbeiteten. Der Pilot machte alle Anstrengungen zur Landung. Als das Flugzeug sich nur etwa 20 Meter über der Erde befand, war der Führer augenblicklich die Herrschaft über die Maschine, die sich gerade vor den riesigen Anlagen des Eisenbahnhauptpunktes der Jersey-Central-Railroad befand. Die Anstrengungen, einen in der Nähe liegenden freien Platz zu erreichen, schlugen fehl. Der Apparat geriet ins Schwanken und fiel gegen einen mit Sand beladenen fahrlässigen Güterwagen. Das Flugzeug wurde hauptsächlich in zwei Hälften zerstückelt. Die Kabine verflüchtete. Die dreizehn Passagiere, unter denen sich eine Frau befand, wurden auf der Stelle getötet, da der Motormotor durch die Kabine schlug und die Hände vom Dach des Güterwagens und den Tragflächen, die hochschnitten, zusammengepreßt wurden. Die Leichen der Insassen waren furchtbar verstümmelt. Der über den Motoren stehende Pilot und sein Begleiter wurden durch die Verschleudung des Führerraumes getötet und flürzten auf die Schienen. Die beiden Hilfsmotoren waren herausgerissen und etwa zehn Meter weit auf die Erde geschlagen. Der Pilot, der für einige Augenblicke das Bewußtsein zurückerlangte, erklärte, daß der rechte Motor ausgelegt habe und er infolgedessen die schwerbelastete Maschine nicht länger in der Luft halten konnte.

Das Flugzeug war eine der größten amerikanischen Transportmaschinen, die schon in allerdieser Zeit im Kolonialdienst Verwendung finden sollte.

Nach ein Mord.

London, 18. März. (Ely. Drafts) Eine der vier auf dem Flugplatz von Rayleigh nach Cairo begriffenen britischen Riesenbomberflugzeuge, Foren-Kapitel-Typ, stürzte in der Nähe von Gweto (Süd-Rhodesea) ab. Die beiden Piloten, ein Sergeant und ein Fliegerleutnant wurden getötet.

Ein Kino in Brand. In Wajum (Japan) wurde ein Kinoschauplatz eingeebnet. Fünf Zuschauer verbrannten, sieben wurden verletzt.

Eine Bibliothek zerstört. In dem bulgarischen Orte Sefeldela wurde eine 8000 Bände umfassende Bibliothek, die größte in Bulgarien, durch eine Brandkatastrophe vernichtet. Ein in der Bibliothek untergebrachtes Kino wurde gleichfalls zerstört.

Eine Tribüne niedergebrannt. Auf dem Sportplatz des Berliner Fußballclubs „Hertha-B.S.C.“ in der Nähe des Bahnhofs Gellertbrunn brannte eine Zuschauertribüne nieder. Man vermutet Brandstiftung.

Neuer Dönnhoff-Bau. Der gegenwärtig in Berlin weilende amerikanische Geschäftsmann und Filigranier William Osterwald aus Dallas in Texas hat einen Preis von 25 000 Dollar für denjenigen Flieger ausgesetzt, der zum ersten Male von Rom nach Dallas oder umgekehrt fliegt. Die Strecke beträgt 6300 Meilen. Der Wettbewerber soll am 1. Juni seinen Antrag nehmen. Bedingung ist, daß auf dem Fluge nach Dublin vor Erreichung der Station Dallas eine Zwischenlandung auf amerikanischem Boden vorgenommen werden muß. Der zwei Jahren alte Osterwald einen Preis für einen Flug Dallas-Hontong ausgesetzt. Die Distanz von 10 000 Meilen erwieß sich jedoch als zu groß.

Große Heberschwemmungen im Kaukasus. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist der Fluß Kura im Kaukasus aus seinen Ufern getreten und hat weite Strecken überschwemmt. Sechs Dörfer befinden sich unter Wasser. Bis jetzt wurden fünf Todesopfer gemeldet. Zur Bekämpfung der Heberschwemmung sind Truppen entsandt worden.

Auf dem Flugplatz verunglückt. Auf dem Dorimunder Flughafen wurde der frühere Pilot Bihnan, der dem Start eines Kellamerflugzeuges zulauf, von der Maschine gestreift. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in heftigstem Zustande ins Krankenhaus geschafft.

Tödtung eines Kindes. In Grotari verstarb eine furchtbare Grippeepidemie. Die Zahl der Todesopfer wird mit tausend angegeben. Schwedland beabsichtigt, infolge der Seuche die Grenze zu sperren.

Blutige Verhandlung. Das Landgericht Waagen verurteilte in geheimer Verhandlung einen verheirateten Arbeiter wegen Bluttatende zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus mit vier Jahren Strafbüße. In der Verhandlung wurde ein 40jähriger Landarbeiter wegen des gleichen Verbrechens zu fünf Jahren Gefängnis und Aberkennung der Vaterrechte verurteilt.

Ein dreifacher Raubüberfall wurde in der Nähe der holländischen Stadt Findhoven auf einem Banknoten verübt. Er wurde am hellen Tage auf der Straße von einem etwa 14jährigen Jungen mit einem Revolver bedroht und zur Herausgabe des Geldes aufgefordert. Als er das ablehnte, verlor ihn der Räuber einen Stein unter das Kinn und ließ ihn mit einem Messer in den Kopf, jedoch er bemühete sich zusammenzudrücken. Der Räuber ist mit dem Beid verschwunden. Der Bote hat schwere Verletzungen erlitten.

Schülertragödien in Berlin.

Zus weiterer Ehre in den Tod.

In der Nähe von Bernau bei Berlin hat sich der 18 Jahre alte Oberreife Günter Berg, der Sohn eines Kavaleriesführers, mit Anhängern, einem Verdingungsamt für Angehörige, verlegt. Das Geschick des Toten war völlig verregert. In der Anstaltliche fand man einen Brief an ein 14jähriges Mädchen Grete Sch., das mit Berg in gleichen Hause wohnt. Es heißt in dem Brief: „Wenn Du dieses Schreiben erhältst, bin ich nicht mehr am Leben. Nimm es mit nicht über, was ich tue, aber ich kann nicht anders.“

Günter Berg hatte vor einigen Tagen von seinem Vater einen kleineren Betrag erhalten, den er zur Beschaffung von Nachhilfsmitteln einem Lehrer übergeben sollte. Der Junge verbrauchte einen Teil des Geldes für sich und mochte nicht, den Eltern die Verschwendung einzusehen. Als der Vater eine Quittung über das bezahlte Geld verlangte, entfernte sich Günter Berg mit der Schulmappe wie gewöhnlich dem elterlichen Hause, verarg seine Bücher an einem noch unbefamten Ort und begab sich zu Fuß nach Bernau. Unterwegs taufte er sich das Offt und einige Schrippen. Dann schrieb er den Abschiedsbrief an die „Freundin“. In seinem Notizbuch trug er die Ereignisse seines letzten Tages ein. Neben dem Preis der Schrippen stehen als letzte Worte: „Eine Schachtel Rattengift 60 Pfennig.“ Die Hälfte des Offtes fand man in der Schachtel neben dem Toten. Nach der Erklärung des Direktors der Mittelschule, die Günter besucht hatte, soll der Selbstmord mit Schulangelegenheiten nicht zusammenhängen. Günter sei zwar still und verschlossen gewesen und hätte in der Schule mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, nach der Auffassung seiner Lehrer wäre er aber wahrscheinlich zu Eltern verlegt worden.

Synodus verschunden.

Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich augenblicklich mit dem Verschwinden der 16jährigen Selma Dubner, Wollman Sauer und Erich Hampel, die in Tempelhof das Reformereinsamnasium bzw. das Städtische Gymnasium besuchten und seit einigen Tagen spurlos verschwunden sind. Die miteinander befreundeten Schüler fürchteten, zu Eltern nicht verlegt zu werden. Sauer hat 50 Mark, Hampel 10 Mark mitgenommen. Da sie ihre Rückfälle mit Mäde und Stoffen anfüllten und den Eltern erklärten, daß sie einen Ausflug unternehmen wollten, vermutet man, daß sie legendum umhertrieben.

Gefängt. In Liverpool wurde dieser Tage der Mann mit den hundert Firtis, der 24jährige Student Clarke, gefängt. Er hatte die Mutter einer seiner zahlreichen Geliebten ermordet. Clarke habe auf die Freisetzung eines hognatigen Günstig aus. Die hognatigen Günstigen hatte er sich während seiner Studien in Amerika angeeignet.

Schickel eines Profetierers. In Wien verübte der 15jährige Sohn eines Eisenbahnbeamten, weil sein Vater ihn trotz seiner großen Begabung nicht Lehrer werden lassen wollte, Selbstmord. Er taufte sich einen mehrere Meter langen Rapperechth und warf ihn über die 70 000 Fuß hohe Leaning eines Straßmerkes. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Junge hatte die Hochschule behauptet und galt als Vorzugsschüler.

Geldstrafenkader drangen in die Bürosräume einer Eisenbahnstation in Berlin-Lichtenberg ein, schweißten den Geldschrank auf und erbeuteten etwa 1000 Mark in bares Geld. Eine zweite Bande staltete eine Versicherungsgesellschaft in der Königgrätzerstraße einen Beuh auf. Die Einbrüche wurden jedoch bei ihrer Arbeit gestört und mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Er läßt nicht nach. Der englische Retord-Automobilfabrikator Motor Segrove will im Laufe der nächsten Woche in Wien mit einem 1000 Pfd-Motorwagen verfahren, den gegenwärtigen Retord des Amerikaners Earl Wood zu überbieten und 90 Meilen pro Stunde zu erreichen. Er hat es bei Probefahrten bereits auf Geschwindigkeiten von 85 Meilen pro Stunde gebracht. Die Überlieferung des 90-Meilen-Retordes soll nach Segroves Meinung schwieriger sein als die Überlieferung des Autogeschwindigkeitsretordes.

Eine Familie ermordet. In dem an der litauischen Grenze gelegenen polnischen Dorf Dubnow drangen Räuber in das Haus einer Bauernfamilie, deren acht Mitglieder aus Amerika zurückgekehrt waren. Als der Familienvater sich weigerte, das Geld herauszugeben, schlugen die Banditen zunächst seine 14jährige Tochter nieder. Als der Vater aus dem noch keine Auskunft geben wollte, töteten die Banditen durch Revolvergeschüsse die ganze Familie und ließen nur das Familienoberhaupt am Leben.

Eine Million für einen Hund. Vor einigen Wochen war in Riga a der Liebhabersbund der Pariser Künstlerin Maud Boiry von einem Automobil überfahren und getötet worden. Jetzt hat eine Versicherungsgesellschaft ihr eine Million Francs aus zahlen müssen. Die Künstlerin hatte das Recht auf diese Summe versichert lassen.

Klug sein, wie er!



Preisend mit viel schönem Neben

Wo Raucher sich zusammen finden,

werden bei Debatten aller Art stets Gegensätze zu Tage treten. Nur in Einem besteht Übereinstimmung dem Urteil über die hervorragende Qualität von

Josetti Juno
der köstlichen 4-8 Cigarette
ohne Mundstück und mit Gold

Zur Konfirmation: Gebr. Schmidt's Kaffee — das köstliche Getränk!

Frisch vom Röstapparat in die Kaffeetasse

Seite nachmittags 3 Uhr entließ sie dank nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, Schwieger- und Großvater, unser lieber Schwager und Onkel, der

Pater
Wilhelm Schmidt
im 70. Lebensjahre. Er folgte seinem Gatten nach 4 Wochen in die Eingeweite nach
Halberstadt, den 18. März 1929.

In tiefstem Schmerz:
Johanne Schmidt geb. Bärensd

Die Beerdigung findet Donnerstags, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Friedhofskapelle aus, statt.

Sozialdem. Partei Deutschlands Ortsgruppe Halberstadt

Am Sonntagabend verstarb unsere liebe Parteigenossin

Frau Marie Engelschall

Sie werden ihr ein dauerndes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Es soll das Beerdigungsritual der in der Stadt vorhandenen Bräunen befristet werden. Die Grundbesitzbesitzer werden daher ersucht, bis zum 31. März mitzuteilen, wo sich noch benutzungsfähige Bräunen befinden.

Halberstadt, den 19. März 1929.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am 31. März 1929 erfolgt der Abgang des laufenden Geschäftsjahres der hiesigen Werte. Wir bitten bis zu diesem Tage alle Angehörigen für Gas-, Wasser-, Strom- und Abwasserleistungen, sowie für andere Verbindlichkeiten an begünstigten Rechnungen über ausgetragene Leistungen für die hiesigen Werte bis zu dem obigen Zeitpunkt bei uns einzutragen.

Quedlinburg, den 18. März 1929.
Die Verwaltung
der Städt. Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke.

Stadt-Theater.

Dienstag, d. 19. März 1929, 20 bis 23 Uhr:
„Friederike“
Singpiel von Franz Lehar (0.80 bis 5.30 Mk.)

Mittwoch, d. 20. März 1929, 20 bis 23 Uhr:
„Friederike“
Singpiel von Franz Lehar (0.80 bis 5.30 Mk.)

Halberstädter Spar- und Baugenossenschaft
einigensame Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Mittwoch, den 27. März 1929, abends 8 (20) Uhr
Erntedankfest
in Halberstadt, Restaurant
Tagesordnung: 1. Bericht des Aufsichtsrats und Vorstandes, 2. Genehmigung der Bilanz und Entlassung des Vorstandes, 3. Festsetzung der Entlohnung des Aufsichtsrats, 4. Beschlusstimmung über das Gewinn- und Verlustkonto, 5. Wahl von Vorstand und Aufsichtsratsmitgliedern, 6. Festlegung über Bekämpfung der Wabwinnungsdinge, 7. Verschiedenes.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: Reimann.

Schenkt Blumen zur Konfirmation
reiche Auswahl in allen Preislagen
Blumenhaus Adolf W. Bürger
H. d. Richthaus 2 (gegenüb. d. Städt. Sparkasse)
Telefon 2907

Blumen- u. Gemüsesamen
empfehlen wir nur die Qualität, wie bekannt
H. Weber, Gärtner, Sedanstraße 40
Täglich in der Markthalle, Stand 26.

Speise-Kartoffeln
gesunde Ware
(nicht durch Frost beschädigt) empfiehlt preiswert
Heinrich Braune
Ferienpfeifer 2401. Blücherstraße 16.
NB. Sommerliche und winterliche Speisekartoffeln werden Anfang April eintreffen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte
berücksichtigt bei Euren Einkäufen
unsere Inserenten!

Vollschlank ist wieder modern

Um die hierfür nötige Gewichtsunnahme zu erzielen, trinke man das althergebrachte Köhler'sche Schwarzbier. Der köhlerische Genuß dieses Störers fördert den Stoffwechsel, regt die Nerven an, bringt Appetit und härtet den Körper. General-Vertretung: **Herbert & Co. in r.m. Westendhandl., Halberstadt, Gerichtsstraße 6, Telefon 2449.**

Friedersdorf
Mittwoch, 20. März, 20 Uhr
Familien-Abend

Console (Kaffee)
Schellfisch, Goldbrat, Filet, Oech, Schupf, or. Geflügel, u. Käse
2. Garmann, Reichensstraße 10, 1

Blauschimmel-Käse
vollreife, große
Land-Eier
H. Gehhard, Gerberstraße 9
Gut erhaltener
Kinderwagen
zu verkaufen
Gleimstraße 15.

Otto Wortmann
Damenhüte
zeigt die neuesten Frühjahrs-Modelle für **Umprehüte**
Jeder Hut ein Schlager!
Auch Herren-Hüte werden umgearbeitet, gereinigt und neu garniert

Möbel
eich, Schreibe, Anzeigebrett, lat. Schließzylinder, aufrecht, preiswert, eigene Anfertigung, Anfertigung inkl. Bauarbeit, von **Reinhold Otto Schneberg**
Nordweg 15, Gröpenstr. 21
Lager fertiger Sätze.

Weißer Streufand
zu haben
Gerberstraße 9.

Weißer Streufand
zu haben
Otto Hopp
Kornstraße 15

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Quarkbuden u. öfter eine Halswunde.

Eine gesehene allgemein verständliche Aufklärung über

Wunder im Menschen.

über die wahren Heilkräfte im menschlichen Körper, seit jedem Lebensalter genau 60 Seiten starke illustrierte Waldflora-Broschüre, die man in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern kostenlos erhält.

Waldflora
— kein Teufel —
sind die bewährten, ärztlich empfohlenen Mittel- und Kräuter-Spezialitäten, die schon Tausende von Menschen auf dem naturheilgemäßen Wege zu neuer Lebenskraft und Lebensfreude geführt haben.

Georg Rich. Flug & Co., Gera (Th.)

S.-G. Sport 1912 e. V.

Mittwoch, den 20. März ds. Js. abends 8 Uhr, im Saale des **Restaurant „Vaterland“**
Werbe- u. Elternabend
bestehend aus
Silm-Vorstellungen
mit begleitendem Programm des Herrn Dr. med. Eiten und **Musikal. Darbietungen** des Club-Orchesters. In diesem Unterhaltungs-Abend sind alle Mitglieder, besonders Jugendliche mit ihren Eltern, herzlich eingeladen. Gäfte willkommen! **Der Vorstand.**
Diesen Donnerstag fällt der Abendsabend aus.

Moderne Druckfachen
ein- und mehrfarbig, liefert schnell, sauber und preiswert die **Bunddruckerei Halberstädter Tageblatt**
Domplatz 48

Gewerkschaftshaus
Vorabend Karfreitag ab 5 Uhr Vorabend
Preis-Skaten

Noch ist es Zeit
Ihre Garderobe zum Osterfest gemischt reinigen zu lassen
Albert Baas
Färberei und chemische Reinigung
Döllnergraben 17 Fernruf 1571
Abholung und Zustellung kostenlos

Arbeiter, Angestellte und Beamte
sollen sich nach den Beschüssen d. Gewerkschaftstages, der Gewerkschaftstage, des Allgemeinen Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nur bedienen bei dem eigenen Unternehmen, der

„Volksfürsorge“
Gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungsgesellschaft

Stundlohn erteilen bzw. Material verkaufen sollen die Rechnungsführer Magdeburg, Hafenstraße 15, Bismarckstr. 15, v. Steinstr. 15, Quedlinburg, Goldstraße 23, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, Am der Mitter 58/59.

Der Tag des Buches zum Todestage Goethes
Abendfeier
Freitag, 22. März, 20 Uhr
im Festsaal der Deutschen Oberschule für Mädchen
Festfolge:
1. Scherz:
a) Das große Hallelujah! (Chor der Mädchen)
b) Der Gondelfahrer / oberflächlich
c) Die Halberstädter Bücherwelt:
a) Die Bücherrei des haalt. Domgymnasiums
Studienleiter Schürer
b) Die Bücherrei des Blumensandes . . .
Konferenzleiter
3. a) Göttermann: Goethes Tod
b) Vorträge von Goethe, Wieland u. Paul Ernst
Dr. Götter, Mitglied des Stadttheaters
4. Die öffentliche Bücherei, das Buch und der Leser . . . Frau Elisabeth-Göppelmann-Siebert
5. Vorträge: Mälerer aus Eria Opus 70
Halberstädter Trio-Vereinigung

Anstellung: Buchkultur in Halberstadt
vom 22.-29. März im Städtischen Museum, täglich geöffnet von 9-17 Uhr.
Eintritt für Abendfeier und Anstellung unentgeltlich.

Wernigerode
Clare Rommer
Georg Alexander
Adele Sandrock
in dem deutschen Lustspiel
„Leontines Ehemänner“
Das moderne Eheproblem als Satire nach der gleichnamigen Komödie von Alfr. Capus.
II.
Der Türkönig
Ein spannender Wildwest-Film
Hauptdarsteller:
Alan Roscoe und Mary Carr.
III.
Agfa-Seide
Dienstag - Mittwoch - Donnerstag
Täglich 6 und 11 1/2 Uhr.

Partei-Literatur jeder Art
zu haben in der
„Saxer Volksstimme“ Burgstraße 9.

Arbeiter und „Tag des Buches“.

Was ist die Zahl der Arbeiter, die jedes dieser Streben verfolgen lassen, weil sie fern von der Gebührens- und Gehaltsentwertung des Sozialismus dahinfließen...

Zeit und Geld - Aufständelung und erhöhter Lohn - sind die Vorbedingungen für eine nützliche Leistung, aber nicht immer äußert sich der Kulturwille des Arbeiters, wenn er Erfolge wirtschaftlicher Art erlangen hat...

Nur nicht allzuangelegentlich hat der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit in Gemeinschaft mit der Konzentration die Vereinigung sozialistischer Drucker- und Verlagsarbeiter...

Wertvolle Literatur wird hauptsächlich noch vom „Austreiter“ als der proletarischen Kulturorganisation vertrieben, wobei die Bücherpreise...

sch auch mehrere Bände in einem Quartal beziehen. Diese werden ihnen ebenfalls zum Preise von je 3.- M. belassen. Am freien Buchhandel würden sich die Bücher stets auf 5-6 M. stellen...

Am „Tag des Buches“ veranlaßt die Buchhandlung „Haberlahde, Tagblatt“ im hiesigen Gewerkschaftshaus eine Ausstellung, die hauptsächlich dem sozialistischen Buch gewidmet ist...

Bernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 19. März. Gebenakt. 19. März.

1782 *B. v. Biele, Entdecker von Kometen. - 1813 *Hrftorforcher Bismarck. - 1848 Friedr. Wilhelm 4. Proklamator „Am neuen lieben Berlin“...

Der neue Leitartikel des „Wernigeröder Tagblatts“.

„Am Kampfe mit der Deutschen Volkspartei“, unter dieser Überschrift hat Dr. Beiner in einem Beiliegenden in seinem neuen Organ, dem „Wernigeröder Tagblatt“ mit seinen Kritikern aus der Deutschen Volkspartei auseinandergesetzt...

Kräften der neuen Zeit und mit der allem Fortschritt entgegenstehenden. Denn Dr. Beiner ist kein politischer Gegner, dem Studentenrat Rißiger, mangelnde Geschichtkenntnis vorwirft, so hat letzterer das mit ihm abzumachen. Wir nehmen aber an, daß Rißiger nicht nach berühten Motiven, gleich zum Rabi läuft...

- Freie Sportvereineigung 1895. (Handball). Mit Handballspielern treffen sich am Mittwoch um 17 Uhr auf dem Anger zum Vereinsabend. - Am Donnerstag, 20. März, im „Monopol“ Handballspielvereinigung Alles hat zu entscheiden.

Kürze, Sachlichkeit fordern wir von all denen, die für uns schreiben. Richte dich danach, wenn du uns Neuigkeiten mitteilst, denn Augenzeuge du warst und die von allem Interesse sind.

Ein Mann, der fünfzig war.

Roman von Kurt Hennig.

Copyright 1929 by Riezebn Hebern, Berlin W. 50.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Gordon sagte ungläubig: „Dann sind Sie ja ein Weltmutter, Barga!“ Stefan Barga wurde gepörscht, mit jenem Geitz, der subalterne Naturen immer befißt, wenn sie mit einem Vorgesetzten sprechen...

der resoluten Uebergabe, sah das Kind auf seinen Armen an. Es lächelte freudlich. Die Frau stand wieder vor ihm: „Ach danke Ihnen, mein Herr.“ Barga verzog, daß er sich vorgekommen hatte, zu lächeln...

Ein Gesang.

Jeannette schief sties und traumlos, sie rührte, ohne ihre Lage auch nur ein einziges Mal zu verändern, zwischen den Kissen. Es war das Kind, welches sie in den Armen hielt, hatte sie die gleiche leichte Krugung des Kopfes, welche Herrn Jacques so eindrucksvoll tieflich erschienen war, daß er Madame in den Arm geschlossen hatte...

„Sie ließ sich warmes Wasser über die Hände laufen. Dann mußte sie sich langsam, und mit Wohlbehagen, Schließlich fließende sie sich an.“ Dann zog sie die Vorhänge zurück. Das Fenster führte in einen Hof, in welchem spärlich und ein paar Sträucher wuchsen...

Volker Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Nr. 67

Mittwoch, den 20. März 1929

4. Jahrgang

Baukredite und Beamtenfragen im Reichstage.

Glänzendes Vertrauensvotum für Seevering.

Der Reichstag beriet am Montag zunächst das

Baukreditgesetz für 1929.

Nach diesem Gesetz wird der Reichsarbeitsminister ermächtigt, in der Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1932 für Darlehen an die Deutsche Bau- und Boden-Bank-Aktiengesellschaft in Berlin bis zum Gegenwert von 250 Millionen Reichsmark Bürgerhaft zu übernehmen. Die Gesellschaft wird verpflichtet, die Darlehen

als Zinsrenten für den Kleinwohnungsbau

zu verwenden. Diese Zinsrenten dürfen nur gegeben werden, wenn die volle Finanzierung des Bauvorhabens als gesichert anzusehen ist. Lieber die Verwendung der Zinsrenten hat die Bank dem Reichsarbeitsminister schriftlich Bericht zu erstatten. Dieses Verfahren der Zinsrenten hat sich bisher schon bewährt. Es hat vor allem den Zweck, eine gleichmäßige Verteilung der Bauaufträge über das ganze Jahr zu ermöglichen.

Die Wirtschaftspartei ließ durch den Abg. Lude beantragen, daß die privaten Bauunternehmen mindestens zur Hälfte an den Zinsrenten beteiligt werden sollten. Die Wirtschaftspartei hatte sich mit diesem Antrag eine schwere Abfuhr eingehandelt. Reichsarbeitsminister Wilsch

als auch der Sozialdemokrat Alpinist wies nach, daß bisher schon die privaten Bauunternehmen mindestens zur Hälfte an den Zinsrenten beteiligt werden sollten. Die Wirtschaftspartei hatte sich mit diesem Antrag eine schwere Abfuhr eingehandelt. Reichsarbeitsminister Wilsch

Vertagung des Nachtragshaushalts für 1928.

Dieser Nachtragshaushalt enthält in der Hauptache Beamtenangelegenheiten; außerdem ist die Antiebertenmaßnahme um 250 Mill. Mark erhöht. Die Summe soll zur Stärkung der Arbeitslosenversicherung verwendet werden.

Abg. Seinstopf (Soz.)

mies als Berichterstatter darauf hin, daß der Haushaltsausgleich die Mittel für die Erhöhung der Ministergehälter und für die Erhöhung oder Neueinführung von Zulohnungen für die Reichsminister, Staatssekretäre und Präsidenten der Bundesfinanzämter gefährdet hat. Es ist richtig, daß durch die Stellungnahme des Haushaltsauschusses die hohen preussischen Beamten, Kreisverwalter und der Staatsbauauschuss unter sozialdemokratischer Führung trotzdem die Anforderungen für die höheren Reichsbeamten getrieben. Es wird ohne eine Veränderung zwischen Preußen und dem Reich gefordert werden müssen. Reines wäre zu verantworten gewesen, daß in diesem Maßstab, wo Sparmaßnahmen und Einsparungen gepredigt werden, gerade die bestbezahlten Beamten noch mehr erhöht werden lassen.

Zu Beginn der Ansprache leitete sich die Zentrumsgewandte Frau Leusch

für die bestbezahlten weiblichen Beamten

ein. Nach einer Bestimmung der Personalabgabenordnung aus dem Jahre 1924 ist den verheirateten Beamtinnen, die aus dem Reichslohn auscheiden, als Abfindung für ihre Pension eine bestimmte Summe zu gewähren. Diese Bestimmung soll am 31. März 1929 außer Kraft gesetzt werden. Das Zentrum beantragte die Verlängerung der Bestimmung bis zum Antreten des neuen Be-

amensgehens. Ob der Antrag des Zentrums angenommen werden wird, ist noch ungewiß. Die Reichsregierung nimmt den Standpunkt ein, daß diese Frau ohne einen Gesetzgebungsakt auf dem Verordnungsweg geregelt werden könne.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Bohm-Schuch wandte sich gegen die Gefahr, die vielfach in der Presse gelobt wird, um in der Beamtenlohn-Maßnahmen gegen die jetzige Reichsregierung zu führen. So werde behauptet,

und die Reichsliste habe zu wenig Geld, um die Gehälter zum 1. April auszubahlen. Beides sei natürlich falsch. Die Abgeordnete leitete sich weiter für die

volle Gleichberechtigung von männlichen und weiblichen Beamten ein. Insbesondere würden manche weiblichen Angestellten nur deswegen nicht in das Beamtenverhältnis übernommen, weil sie eben keine Männer seien. Das ist verfassungswidrig. Die weiblichen Angestellten müssen dieselben Beförderungsmöglichkeiten haben wie die männlichen. Mit Genehmigung stellte Frau Bohm-Schuch fest, daß es gelungen sei, an diesem Reichsrechnungsausfall 3,3 Millionen Mark abzufressen. Mit großer Wärme trat die Kabinerin dann noch für eine Befreiung der Reichsarbeiter ein. Nach einer gemeinschaftlichen Sitzung hätten viele Reichsarbeiter Wochenlöhne von 30-35 Mark. Es müßten keine Sparmaßnahmen sein, die mit solchen Löhnen sich und ihre Familien ernähren können.

Der links sehr fröhliche deutschnationalen Reichsminister Schmidt-Ertelt lächelte sich verkrüppelt, eine wenigstens der Stimme nach gemaltige Oppositionäre gegen den sozialdemokratischen Reichsfinanzminister zu haben. Er sei schuld daran, daß die Beamten so viel später ihre Aufbesserung erhielten. Der kommunistische Torgler dagegen beehrte den deutschnationalen Reichsminister, daß die Deutschnationalen ebenso wenig wie die Sozialdemokraten ihre Verbesserungen erfüllt hätten. Die Beamten werden also wohl oder übel warten müssen, bis die Kommunisten aus Rüber kommen, deren forderbare Arbeiterpolitik ja insbesondere auf Befreiung der Beamtenhaft ohne Rücksicht auf die Lage der Arbeiter gerichtet zu sein scheint.

In die Debatte wurde nun die Abfertigung über das Vertrauensvotum eingeschoben, durch das die Nationalsozialisten und die Christlich-Nationale Bauernpartei

den Reichsminister Seevering geübt

haben. Das Vertrauensvotum besagte die guten Kommunisten in eine gewisse Verlegenheit. Wird doch in der Vertrauensabgabe der Reichsminister Seevering als der Vertreter aller legitimen Organisationen aufgerufen und gerade als Vertreter des rechten Frontimpulses bezeichnet. Selbstverständlich sind diese Ruten übertrieben. Aber was sollen die Kommunisten in einer solchen Situation machen? Sie wogten denn doch nicht, mit den Nationalsozialisten und der Christlichen Bauernpartei gegen Seevering aufzutreten, sondern erklärten schamlos, daß sie sich der Stimme enthalten würden. So haben die Nationalsozialisten dem Reichsinnenminister Seevering nicht nur

ein Vertrauensvotum von 229 gegen 69 Stimmen

beschworen, sondern zugleich bewirkt, daß die Kommunisten mit diesen Vertrauensvoten gegen Seevering nicht ausstimmten können. Das wird natürlich die kommunistische Presse nicht hindern, in den nächsten Verleumdungen nach wie vor den Reichsminister Seevering als den Schutzherrn aller Falschheiten auszurufen.

ward in der weis ebenfalls für die weiblichen Angestellten wurde die Sitzung

Die Sachverständigen

Unter sanftem Druck

Wenn man der Berliner Presse Glauben schenken darf, dann werden die Sachverständigen spätestens in der nächsten Woche eine Einigung über die Gesamthöhe der deutschen Schuldverpflichtung erreichen können. Der Kampf scheint augenblicklich weniger zwischen dem Lager der Alliierten und dem der Deutschen als vielmehr unter den Alliierten selbst geführt zu werden, zumal augenblicklich von amerikanischer Seite ein starker Druck im Sinne eines Kompromisses ausgeht wird.

Das Berliner „Dewore“ behauptet sich in deutschen Worten über die tatsächliche Situation. Demnach ist das „Dewore“ potentiell sogar gegen alle große Stärke in den Verhandlungen Englands, Belgiens und Italiens. Trotzdem natürlich läßt die Berliner Presse die deutsche Delegation nach wie vor als die Hauptverantwortlichen für eine Verzögerung der Einigung erscheinen und Welt Pariser hält es sogar für notwendig, die deutsche Öffentlichkeit auf die großen Vorteile einer Reparationsvereinbarung noch einmal ausdrücklich hinzuweisen. Gleichwohl aber betont das Blatt, daß nachden die Verhandlungen über die ägyptische Forderung der deutschen Schuld nur der Kern der unersinnlichen in die offiziellen Besprechungen eingetreten sei, eine Einigung nicht lange mehr auf sich warten lassen könnte.



Barter Gilbert ist am Montagabend von Berlin kommend, in Paris eingetroffen.

Kurpfuscherei.

Zum Kampf um die Sozialversicherung.

Der Generalangriff des Unternehmertums gegen die Sozialversicherung lobt auf der ganzen Linie. Die Sozialreaktoren rufen jetzt mit schwerem Geschütz an. Im Reichstag wollen sie mit Hilfe von Sparvorschlägen der Sozialversicherung das Wasser abgraben, und draußen im Lande verucht ihre Presse, die Arbeiter und Angestellten gegen die Beiträge zur Sozialversicherung aufzuheben und mit der Sozialversicherung eine Zwangsparafasse, die anstelle der Sozialversicherung treten soll, einzuführen. So hat die „Deutsche Arbeiterzeitung“ dieser Tage den Zwangsparafassenvorschlag lang und breit erörtert. Worin besteht dieser Vorschlag?

Man fordert, daß die bei Fortfall der bisherigen Beitragszahlungen freierwerdenden Gelder zu Kapitalzinsen angeammelt werden, die entweder erst bei Invalidität des Beiträgers, oder zu einem Teile schon nach Verlauf von 5 bis 10-jähriger Frist — der Rest bei Eintreten der Arbeitsunfähigkeit! — freierwerden sollen. An der Zwischenseite wären also heute in das Gebiet der Kapitalzinsen fallenden Ausgaben von diesem unter staatlicher Sperre stehenden Kapital zu befreien. Man verpricht sich davon nicht nur eine Milderung der sozialen Spannungen, sondern auch eine „gemaltige Befruchtung der Gesamtwirtschaft durch die ihr zugehörigen Kapitalien“.

Ein merkwürdiges Rezept! Wenn diese Zwangsparafassen auch nur einigermaßen das leisten wollen, was die Sozialversicherung leistet, dann müssen sie sich zwangsläufig wieder in eine Sozialversicherung verwandeln, wie wir sie zurzeit haben. Wenn bei den Zwangsparafassen mehr Kapitalien befristet werden sollen wie in der Sozialversicherung — nun dann werden noch höhere Beiträge notwendig sein. Sollen die einzelnen Kapitalien leistungsfähig sein, dann muß ein Risikoausgleich unter ihnen existieren. Alle Zwangsparafassen, die einen Risikoausgleich haben, können aber nur eine ganz bestimmte Gruppe von Risiken befristet werden. Raube Leute müssen sich selbst einbilden, man könne, wenn Schicksalsfälle (Krankheit, Arbeitslosigkeit, finanzielle Verluste, Todesfälle und dergl.) eintreten, rasch zur Zwangsparafasse laufen und Geld holen. Diese Güteleistungen würden sehr schnell enttäuscht werden. Jedenfalls muß auch eine Zwangsparafasse Kontroll- und Prüfungsmöglichkeiten besitzen. Auch sie braucht einen großen Apparat, wenn sie existieren will, genau wie die einzelnen Glieder der Sozialversicherung, bei denen die Verwaltungskosten verhältnismäßig niedrig sind. Auch bei den Zwangsparafassen bringt das Geld der Sparrer nicht mehr Zins wie bei der Sozialversicherung. Das Geld der Zwangsparafassen soll der Befruchtung der Gesamtwirtschaft dienen, auf deutsch: das Unternehmertum soll mit ihm arbeiten. Die Kapitalien der Sozialversicherung dagegen kommen in erster Linie den Beitragszahlern zugute; denn die Heilversicherung, die Befruchtung der Geschicktschancen und der Tuberkulose, die allgemeine Volkshygiene, die Förderung des Kleinwohnungsbaus usw. — das alles sind Dinge, von denen unenkbar vor allem die beitragszahlenden Massen der Sozialversicherung Vorteil haben. Auch aus den Beiträgen für die Invalidenversicherung wird nicht nur im Alter Rente gegeben, sondern auch viel früher schon, wenn die Arbeitsfähigkeit verloren ging. Der Arbeiter ist nicht so dumm, daß er nicht weiß, was die Heilversicherung zum Schut vor Invalidität wert sind. Durch die Sozialversicherung sind viele Institute der Volkswohlfahrt geschaffen oder mit billigem Kapital versorgt worden und auch für die Angehörigen des Verschickerten werden im gesundheitlichen Interesse der Familie Anwendungen gemacht.

Von welcher Seite aus man also die Dinge betrachten mag, immer wieder zeigt sich bei genauerem Zusehen, daß mit dem Zwangsparafassenvorschlag praktisch gar nichts anzufangen ist. Wer die Verhältnisse genau untersucht und die Probleme konsequent durchdenkt, kommt wieder zur Sozialversicherung zurück. Was an dem Zwangsparafassenvorschlag neu wäre, wäre nicht gut und was an ihm gut wäre, wäre nicht neu. Er ist Kurpfuscherei. Die Reform der Sozialversicherung kann daher nicht in ihrem Aufbau, sondern nur in ihrem weiteren Ausbau bestehen; sie muß vom Gedanken der Solidarität getragen werden; denn mit dem Egoismus des Einzelnen kann auf sozialem Gebiet nichts Großes geschaffen werden. In einer Zeit, wo selbst in dem reichen Amerika der Sozialversicherungsgeldanteile bei der arbeitenden Bevölkerung mehr und mehr Platz greift, können nur Schickdigger, sozialpolitische Charlatane und sozialreaktäre Unternehmer, die blühend und schuchloses Rechenmaterial haben wollen, die Zerstückung der Sozialversicherung fordern.